

Wichtig bestand die Absicht, die Arbeiten der Abrüstungskonferenz Mitte Juli zu unterbrechen und im Hinblick auf die September-Vollversammlung des Völkerbundes erst Mitte Oktober wieder aufzunehmen. Ausschlaggebend für diesen Vorschlag soll auf amerikanischer Seite die Erwägung sein, daß vor den Präsidenten wählen im Herbst unbedingt praktische Ergebnisse auf der Abrüstungskonferenz erzielt sein müssen, und daß die außerordentlich kritische Haltung des Kongresses und der gesamten amerikanischen Öffentlichkeit zu dem bisherigen ergebnislosen Verlauf der Genfer Verhandlungen eine Unterbrechung gegenwärtig unmöglich mache und die Gefahr bestehe, daß neue Kredite für die amerikanische Abordnung durch den Kongress sonst nicht bewilligt würden.

Die europäischen Großmächte England, Frankreich, Deutschland und Italien haben zu diesem Vorschlag noch nicht Stellung genommen. Die Abrüstungskonferenz würde sodann im Falle der Annahme des amerikanischen Vorschlages ununterbrochen auch während der Dauer der Lausanner Reparationskonferenz weiterarbeiten.

Nationalsozialismus und Sozialismus.

Scharfe Kritik Hitlers am System.

In einer Rede in Rodentkirchen in Oldenburg kritisierte Hitler scharf die bestehenden Verhältnisse und stellte fest, daß das System restlos versagt habe. Aber auch das alte Deutschland habe zum Teil Schuld daran. Hitler erklärte, heute beständen zwei Richtungen in unserem Volk: Nationalsozialismus und Sozialismus. Der Nationalsozialismus, wie er in den bisherigen Parteien zu finden gewesen sei, sei eine schlechte Ausbeutung der Idee gewesen. Dabei habe er, Hitler, beide Ideen verschmolzen und sei zu der Erkenntnis gekommen, daß reiner Nationalsozialismus nichts anderes als ein veredelter Sozialismus, und Sozialismus nichts als ein guter Nationalsozialismus sein könne. Reiden schwebte die Hingabe an das ganze Volk vor. Heute seien es 13 Millionen und aus ihnen werde, daß sei sein unerschütterlicher Glaube, das deutsche Volk werden, das sich zum Nationalsozialismus bekenne.

Verstärkung des militärischen Schutzes in Ostpreußen.

Zur Verteidigung und Arbeitsbeschaffung.

Das Wehrkreiskommando I in Königsberg teilt mit, die dauernde Bedrohung der vom Reich abgetrennten Provinz habe das Reichswehrministerium veranlaßt, ihre Verteidigungsfähigkeit im Rahmen des durch das Verfallener Diktat Erlaubten zu verbessern. Hierfür zur Verfügung gestellte Mittel würden zur Verstärkung des sogenannten „Heißberger Dreieck“ benutzt, um der Abwehrkraft der Provinz ein weiteres Maßgrat zu geben.

Die erforderlichen Geländeverstärkungen würden zum größten Teil an provinzielle Baufirmen vergeben werden. Daneben dürfte auch der freiwillige Arbeitsdienst eingesetzt werden. Abgesehen von dem Zweck der Geländeverstärkungen seien diese Arbeiten auch im Interesse der Arbeitsbeschaffung zu begrüßen. Das Wehrkreiskommando fügt jedoch hinzu, daß die neuen Verstärkungen keineswegs auf eine Verschärfung der Bedrohung der Provinz zurückzuführen sei oder hindeuten und daß die vorwärts der Heißberger Stellung wohnenden Teile der Bevölkerung keinen Grund zu der Annahme hätten, daß sie militärisch aufgegeben seien. An dem Grundgedanken der Behauptung der ganzen Provinz habe sich nichts geändert.

Protest auf Protest gegen Notverordnungspläne.

Die neue Notverordnung vor dem Reichskabinett.

Die Vorschläge für Invalidenversicherung und Siedlung. Das Reichskabinett hat die Beratungen über das Finanz- und Sozialprogramm wieder aufgenommen. Im Vordergrund steht die abschließende Rebalanzierung der Mittel für die Arbeitslosenversicherung und den Ausgleich des Etats. Die Fragen der Arbeitsbeschaffung, insbesondere die Frage der Arbeitszeitverkürzung, sind zunächst zurückgestellt.

Vom Reichsarbeitsministerium sind für die Sanierung der Invalidenversicherung zwei Maßnahmen vorgeschlagen worden: 1. eine Kürzung des Grundbeitrages der Invalidenten um 6 bis 7 Mark, d. h. um 17 bis 20 Prozent und entsprechend der Witwen- und Waisentenen; 2. Schaffung einer Gefahrengemeinschaft aller Landesversicherungsanstalten, wodurch die Überschüsse der günstiger arbeitenden Anstalten zum Ausgleich der Defizite der stärker belasteten herangezogen werden könnten.

Aber die Frage der Arbeitsbeschaffung und der Siedlung hatte schon am Tage vorher im Kabinett eine allgemeine Aussprache stattgefunden. Zur Besprechung kamen u. a. die Vorschläge des Stkommissariats, die auf eine Ermächtigung des Reiches zielen, die Zwangsversteigerung der Güter einzuleiten, die nicht mehr einschuldungsfähig sind. Eine besondere Aufsichtorganisation soll dann die Zwischenbewirtschaftung übernehmen, damit die landwirtschaftliche Arbeit bis zur tatsächlichen Inbesitznahme der Siedler nicht unterbrochen wird.

In allen Fragen sind aber Beschlüsse noch nicht gefaßt worden. Man hofft im Reichskabinett die Beratungen in dieser Woche noch zum Abschluß bringen zu können. Mit der Veröffentlichung der Notverordnung wäre dann für Mitte nächster Woche zu rechnen.

Berlin, 26. Mai. Am Mittwoch behandelte das Kabinett, wie die D.Z. erfährt, neben der Sanierung der Sozialversicherung vor allem die Siedlungsfrage die in den Mittelpunkt der politischen Auseinandersetzung geraten sei und wozu auch bei der Aussprache zwischen dem Reichspräsidenten und dem Reichskanzler eine erhebliche Rolle spielen werde.

Einberufung des Aussenrats des Reichstages. Der Aussenrat des Reichstages ist für Dienstag, den 31. Mai, 17 Uhr, einberufen worden. Auf der Tagesordnung dieser Sitzung steht die Frage der Einberufung des Reichstages.

Gegen die neuen Notverordnungen. Deutschnationaler Appell an den Reichspräsidenten.

Die deutschnationale Reichstagsfraktion hat an den Reichspräsidenten einen Appell gerichtet, die geplante neue Notverordnung nicht zu erlassen. Zugleich hat sie sich mit einem Appell an den Reichspräsidenten gewandt, er möge auf Grund der ihm aus Artikel 24 der Reichsverfassung zustehenden Rechte den Reichstag einberufen.

Begründet wird diese Forderung damit, daß der Staatsgerichtshof im Falle des Preussischen Landtages das Recht eines Drittels der Abgeordneten anerkannt hat, eine Parlamentseinberufung zu verlangen.

Wo bleiben die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen?

Der Gewerkschaftsring an den Kanzler. In den bevorstehenden Entscheidungen der Reichsregierung über die neue Notverordnung hat der Gewerkschaftsring in einem Telegramm an den Reichskanzler dringende Vorstellungen erhoben. Er erklärt u. a., die beabsichtigte weitere Verschlechterung der Sozialversicherung müsse die Arbeitnehmer auf tiefste erbittern. Der Gewerkschaftsring lehne notwendige Reformen nicht ab, fordere aber Ausrechterhaltung der jetzigen Leistungen. Die Mittel dazu müßten durch Heranziehung sämtlicher in der Wirtschaft Verdienender und nicht nur der Arbeiter, Angestellten und Beamten aufgebracht werden. Der Gewerkschaftsring erwarte von der Reichsregierung die sofortige energische und planvolle Durchführung in Aussicht gestellter Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen.

Reichstagsausschuß gegen soziale Drofflungen.

Gegen das Wirtschaftsprogramm des Städtetages. Der Haushaltsausschuß des Reichstages verbot mit den Stimmen der Nationalsozialisten und der Kommunisten bei Stimmenthaltung der

Sozialdemokraten einen kommunistischen Antrag zum Beschluß, der die Reichsregierung beauftragt, gegen das vom Deutschen Städtetag aufgestellte Finanz- und Wirtschaftsprogramm eine Reihe von Maßnahmen zu ergreifen. Es sollen die der Reichsregierung gemachten Vorschläge auf weiteren Abbau der Arbeitslosenversicherung und der öffentlichen Wohlfahrtsfürsorge zurückgewiesen und nicht durchgeführt werden. Dasselbe soll für alle sonstigen Vorschläge gelten, deren Durchführung soziale oder kulturelle Verschlechterungen für das werktätige Volk bedeuten würde. Ferner sind die Landesregierungen nach dem Antrage anzuweisen, ihrerseits ebenfalls die Durchführung der Vorschläge des Städtetages zurückzuweisen und sie zu unterlassen. Die entsprechend dem Programm bereits durchgeführten Maßnahmen sollen rückgängig gemacht werden. Weiter werden Länder und Gemeinden mit dem Antrag verpflichtet, die Wohlfahrtsunterstützung allgemein mindestens in Höhe der Sätze der gebotenen Fürsorge nach dem Stande vom 1. Januar 1931 zu zahlen, die Schlechtung oder Einschränkung von Krankenhäusern, Badeanstalten usw. zu unterlassen und auch auf dem Gebiete des Schulwesens von einer Zusammenlegung von Schulen oder Klassen oder der Einschränkung des Lehrkörpers Abstand zu nehmen.

Die Wirkung der Steueramnestie.

2093 Millionen Mark Vermögenswerte angemeldet. Der Steueramnestie des Reichstages beschäftigte sich mit den Anträgen zur Kapital- und Steuerflucht. Ministerialdirektor Dr. Gaden vom Reichsfinanzministerium teilte mit, daß infolge der Steueramnestie des Vorjahres 2093 Millionen Mark bisher hinterlegene Vermögenswerte der Steuerbehörde gemeldet worden seien.

Von den 2093 Millionen entfielen 898 Millionen auf ausländische Beteiligungen. 170 Familienstiftungen hätten 48 Millionen Mark Vermögenswerte angemeldet. An Einkommen seien 132 Millionen Mark für das Jahr 1930 nachträglich angemeldet worden. Die mit der Amnestie verbundene Reichsbahnleihe habe bis zum 23. Mai ein Rechnungsergebnis von 243 Millionen Mark ausgewiesen. Man könne annehmen, daß der größte Teil des gemeldeten Betrages unter die Amnestie falle.

Reichsfluchtsteuer. In Berlin habe es 126 Fälle gegeben, für die die Bestimmungen der Reichsfluchtsteuer Geltung erlangt hätten. In 51 Fällen sei die Reichsfluchtsteuer festgesetzt worden, in 47 Fällen seien die Kapitalfluchtursachen zurückgeführt. Im ganzen Reich seien bisher zehn Steuerfluchturteile erlassen worden. Die Kapitalflucht sei geringer geworden, man könne annehmen, daß das gestrichelte Kapital in nicht geringem Umfang inzwischen wieder der inländischen Verwendung zugeführt worden sei.

Der Ausschuß befaßte sich dann mit einem Antrag auf allgemeines Verbot der Kopfschneit. Die Vertreter aller Parteien, die das Wort ergriffen, erklärten, daß sie sich mit der Bürgersteuer in ihrer gegenwärtigen Form und Wirkung in keiner Weise befreundeten könnten. Die Aussprache über die Kopfsteuer soll am nächsten Dienstag in Anwesenheit des Reichsfinanzministers fortgeführt werden. Der Minister hatte mitteilen lassen, daß bis dahin das Kabinett ein abschließendes Verbot über die Weitererhebung der Bürgersteuer nicht fassen würde.

Der Temps gegen die englische Haltung in der Tributfrage.

Paris, 25. Mai. Der „Temps“ nimmt am Mittwoch gegen die Haltung der englischen Presse in der Tributfrage Stellung und bedauert es, daß es vor der Lausanner Konferenz nicht möglich sei, zwischen der englischen und französischen Auffassung eine Einigung zu erzielen, um den deutschen Forderungen eine gemeinsame Front gegenüberstellen zu können. Es sei unverständlich, daß England, Frankreich für die Schwierigkeiten verantwortlich machen wolle, denen man in Lausanne gegenübersehen werde. Man versuche, den Eindruck zu erwecken, als ob die französische Forderung auf Verbeibehaltung des Grundlages der Reparationen eine dauerhafte Lösung der ganzen Frage verhindere. Vom allgemeinen Standpunkt aus und im Interesse einer Bestriedigung Europas wäre die endgültige Abschaffung der Reparationen sicherlich nur zu begrüßen. Diese Lösung sei jedoch nur möglich, wenn sie parallel zur Streichung der interalliierten Schulden an Amerika laufe. Der Schlüssel liege also in Washington, und es sei keinerlei Aussicht dafür vorhanden, daß Amerika auf die Schuldentilgungen verzichte. Selbst der Vorschlag, die Reparationen unter der Bedingung abzuschaffen, daß Deutschland eine letzte Zahlung in Höhe von etwa 5 Milliarden Goldmark leiste, habe keinerlei Aussicht, angenommen zu werden, da Reichskanzler Brüning bereits öffentlich gegen jede Wiederaufnahme der Zahlungen Stellung genommen habe. Eine solche Lösung würde außerdem die Frage der interalliierten Schulden vollkommen offen lassen. Unter den gegenwärtigen Umständen sei die vernünftigste Lösung die, das Roratorium solange zu verlängern, bis die Möglichkeit gegeben sei, auf vernünftiger Grundlage mit der Washingtoner Regierung die gesamte Schuldenfrage zu besprechen. Es sei jedoch mehr als zweifelhaft, daß die Reichsregierung unter dem Druck der Reichstagsmehrheit ein solches Provisorium annehme.

Kein Unfall des Schleuderflugzeuges der „Europa“.

Newport, 26. Mai. Die Befahrung des Schleuderflugzeuges der „Europa“, das um 23.45 Uhr (M.E.Z.) in Boston landete, behauptet, nie Ozean-Rufe ausgeandt zu haben. Die Zwischenlandung in Boston sei wegen Benzinmangels erfolgt. Die Behörden untersuchen den Fall. Die Befahrung des Flugzeuges war über die Befahrung und die Suchmaßnahmen überholt. Sie erklärte, daß die Funktanlage am Bord kurz nach dem Abflug von der „Europa“ außer Betrieb gewesen sei.

Hus unjerer Heimat

Wilsdruff, am 24. Mai 1932.

Merktblatt für den 27. Mai.
Sonnenaufgang 3³⁴ | Monatsaufgang 1¹¹
Sonnenuntergang 2²⁴ | Monatsuntergang 1¹¹
1676: der protestantische Liederdichter Paul Gerhardt

Achtung! Ab 1. Juni Sommerurlaubsarten! Wir machen nochmals darauf aufmerksam, daß ab 1. Juni die Möglichkeit besteht, längere Ferientouren durch Benutzung der neuen Sommerurlaubsarten der Reichsbahn um 20 v. H. zu verbilligen. Die Karten werden für die Zeit vom 1. Juni bis 15. Oktober eingeführt und haben eine Geltungsdauer von zwei Monaten. Die Karte muß sich jedoch auf mindestens 200 Kilometer erstrecken; die Hin- und Rückreise muß am ersten Geltungstage, die Rückreise darf nicht vor dem 11. Geltungstage angetreten werden. Vorausgesetzt wird dabei, daß diese Urlaubsfahrten sich auf die kürzeste in Deutschland erzielbare Unabhängigkeit von der zeitlich begrenzten Verbilligung der Sommerurlaubsreise tritt ab 1. Juni auch eine Senkung der Schnell- und Eilzugzuschläge um 50 v. H. in Kraft. Die Schnellzugzuschläge betragen also nunmehr in den fünf Zonen: 1.—75 Kilometer: 3 Klasse 0.50 RM., 2. und 1. Klasse 1 RM.; 76.—150 Kilometer: 1 bzw. 2 RM.; 151.—225 Kilometer: 150 bzw. 3 RM.; 226.—300 Kilometer: 2 bzw. 4 RM. und über 300 Kilometer 2.50 bzw. 5 RM. Bei den Eilzugzuschlägen fällt die bisherige Abzugsrate (1.—35 Kilometer) fort; sie betragen in den gleichen fünf Zonen 3. Klasse 0.25 RM., 2. Klasse 0.50 RM., 0.50 bzw. 1 RM., 0.75 bzw. 1.50 RM., 1 bzw. 2 RM. und 1.25 bzw. 2.50 RM. Für die Benutzung von RD-Zügen wird statt des bisher einheitlichen Zuschlages von 4 RM. sowohl in der 1. wie in der 2. Klasse zusätzlich ein Zuschlag von 2 RM. bis 300 Kilometer und ein Zuschlag von 1 RM. bei Entfernungen über 300 Kilometer erhoben. Für RD-Züge (Abteilmittel) beträgt dieser Zuschlag 4 RM. bis 300 Kilometer, 6 RM. über 300 Kilometer.

36 Millimeter Niederschlag in hohen Stunden. Eine Regenmenge von 36 Millimeter, wie sie am Mittwoch morgen als Ergebnis stundenlangen Niederschlages durch die Wetterwarte Waldsdorf festgestellt wurde, war im ganzen April nicht gesollt und wird innerhalb eines so kleinen Zeitraumes überhaupt nur selten gemessen. Nur bei besonderen Wetterlagen treten so große Niederschlagsmengen auf, einmal bei fräftigen Gewittern, die, wie bekannt, mit wolkenbrüchigen Regenfällen verbunden sein können, und dann bei Wetterlagen, die als W-Störungen in Sachsen und Schlesien herrschend sind. Tatsächlich haben wir es auch diesmal mit einer W-Störung zu tun. Denn, nachdem wir während der ganzen Pfingstferien einem großen zentral-europäischen Hoch angehört hatten, in dem wir noch am Sonnabend 31 Grad Temperatur feststellen konnten, gewannen seit Sonnabend die Tiefdruckströmungen des Nordbergebietes immer mehr Einfluß auf unsere Witterung. Zunächst vermochten nur Ausläufer in das Beckland einzubringen, die kühlere Luft mitbrachten und das heitere Wetter mit Gewittern und kürzeren Regenfällen abschlossen. In der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch aber arbeitete sich ein zentrales Tief bis Deutschland vor und dieses bescherte uns innerhalb weniger Stunden das reiche Regenwunder. Unsere sächsische Landwirtschaft wird darüber nicht böse sein.

Ausflug. Am Dienstag hatte der Riesengebirgsverein einen Ausflug über Limbach, Heiligsdorf durch das Triebischtal nach der Wankenstein Obermühle, nach Schloß Rothschönberg und dem Rothschönberger Etollen und Riedermünzgen unternommen.

„Schönenhaus - Lichtspiele“. „Lumpenball“, die beste tönende Filmposse der Saison, nennt sich der große Lacherfolg, der ab Freitag in den „Schönenhaus-Lichtspielen“ Wilsdruff über die Leinwand geht. Mit Recht! Immer wieder durchbrausen Lachstürme das Haus ob des lustigen, temperamentvollen Spiels, das mit Lanne und urdrolligen Szenen nur so gepickt, das Publikum von Anfang bis zu Ende mitreißt. Wo?o? Dumme Frage! Es ist immer wieder die alte, tausendmal variierte Spießbüttgerebe, die mit Eiferfuchtszenen, Hausbräutentum, „verbotenen“ Seitensprünge und so, zu willigen und billigen Konstruktionen komischer Verwicklungen verballen muß. Wie hier die Einfälle ineinander verflochten sind, wie sie gepickt und wie sie mit witzbeladenen Worten